

Der Landesverteidigungsminister über die  
politisch unverlässlichen Personen.

In einer schriftlichen Anfragebeantwortung auf die Interpellationen betreffend die Behandlung der politisch unverlässlichen Personen weist der Minister für Landesverteidigung FML. v. Czapp auf die Tatsache hin, daß schon geraume Zeit vor Ausbruch des Krieges von seiten der nunmehr in Kriegszustand befindlichen Staaten durch alle möglichen Mittel, wie Emissäre, Bestechungen usw., in unserem Vaterland, und zwar nicht nur in den Grenzländern, eine Propaganda betrieben wurde, die dahin abzielte, breitere Volksschichten ihrem Vaterland zu entfremden und möglichst in den Dienst des Feindes zu stellen. Es war die imminente Gefahr vorhanden, daß die der Verführung unterlegenen Elemente, wenn im Krieg unter die Waffen berufen, der Armee und der Kriegführung und damit den Gesamtinteressen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen könnten. Daher wurde zu Beginn des Krieges auf jene Leute ein besonderes Augenmerk gerichtet, bei denen das Verhalten bis zur Heranziehung zur militärischen Dienstleistung begründeterweise zu einer Vorsicht bei ihrer militärischen Verwendung mahnte. Dem Minister liege es aber gewiß fern, in Abrede zu stellen, daß bei der Durchführung dieser Maßnahmen vielfach überflüssigerweise weit über das Ziel geschossen wurde und sich leider auch schwere, folgenreiche Irrtümer und Mißgriffe ereignet haben. Es dürfe bei deren Beurteilung jedoch nicht ganz außer acht gelassen werden, daß in vielen Fällen solche Mißgriffe einer unter der Schwere der Verantwortung zu weit gegangenen Vorsicht entsprungen sind. Die militärischen Zentralstellen haben vor längerer Zeit die Weisung erlassen, daß einzig und allein der auf Grund eines neuerlichen Erhebungsmaterials gefaßte Beschluß der Offiziersversammlung für die weitere Belassung, beziehungsweise Ausschließung aus der Reserveoffiziersschule in Fällen, wo es sich um den Ausschluß von der Ausbildung zum Reserveoffizier handelte, maßgebend sein darf. Es wurden eingehende Weisungen erlassen, um jede ungerechtfertigte Härte für den einzelnen hintanzuhalten. Zur Vermeidung von Uebergriffen wird ausdrücklich alles verboten, was auch nur den Anschein einer Verfolgung erwecken könnte.